

Pressespiegel 2020

Press Documentation 2020

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von
Prepared by

Datum
Date

Konzernkommunikation

20.07.2020 / KW 29

„Der Standard“, 20.07.2020

Verfahrensrichter legt Sobotka Rückzug nahe

Problematische Doppelrolle als Auskunftsperson und Vorsitzender im U-Ausschuss

Wien – Der neue Verfahrensrichter im Ibiza-U-Ausschuss, Wolfgang Pöschl, hat dem Ausschussvorsitzenden Wolfgang Sobotka (ÖVP) nahegelegt, den Vorsitz zurückzulegen. Als Grund dafür nennt Pöschl die Ladung Sobotkas als Auskunftsperson. Dieser ist mehrfach mit dem Untersuchungsgegenstand verbunden: Der im Casinos-Verfahren beschuldigte Ex-Novomatic-Sprecher Bernhard K. kommunizierte vor Jahrzehnten auch für Sobotka. Die Großnichte von Novomatic-Gründer Johann Graf, auch Beschuldigter, arbeitete einst bei Sobotka – und erhielt von Graf Geldgeschenke in Millionenhöhe. Außerdem kooperierte das Alois-Mock-Institut, das Sobotka einst gegründet hat, mit Novomatic. Der Glücksspielkonzern inserierte im Report des Instituts, Veranstaltungen fanden im "Novomatic-Forum" statt.

"Juristische Bedenken"

Sobotka weigerte sich bislang, deshalb wegen Befangenheit zurückzutreten. Als Nationalratspräsident ist er automa-

tisch Ausschussvorsitzender. Seine Vertretung wäre die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures (SPÖ), die schon den BVT-U-Ausschuss geführt hat. Die Opposition erneuerte nach Pöschls impliziter Rücktrittsforderung ihre eigene Kritik an Sobotka. Die ÖVP zeigte sich überrascht: Pöschl habe die Vorsitzführung bislang noch nie thematisiert, sagte Fraktionsführerin Gaby Schwarz.

Die Äußerungen Pöschls im Ö1-Journal zu Gast seien "äußerst befremdlich". Dass dieser "juristische Bedenken" habe, weil Sobotka in einem Abschlussbericht seinen eigenen Auftritt als Auskunftsperson bewerten müsse, zeuge von einem "falschen Verständnis" des Verfahrensrichters.

Der U-Ausschuss kehrt am 9. September aus der Sommerpause zurück – wenn es nach der Opposition geht, direkt mit der Befragung Sobotkas. (fsc)

„Die Presse“, 18.07.2020

„Peter Sidlo sollte sein Gehalt zurückzahlen“

Interview. Robert Chvátal, Chef der tschechischen Sazka, über seine neue Rolle als Mehrheitseigentümer der Casinos Austria, deren wirtschaftliche Probleme und über FPÖler und Ex-Finanzvorstand Sidlo, der „keinen Genierer“ habe.

Sazka-Chef Robert Chvátal war wieder einmal in Wien. Und der Anlass war kein erfreulicher. Wieder einmal. Seit Kurzem ist die tschechische Sazka Mehrheitseigentümerin der Casinos Austria. Und der Konzern taumelt von einer Krise in die nächste. Der vorjährige Postenschacher rund um FPÖler Peter Sidlo ist gerade Thema des Untersuchungsausschusses. Und die Coronakrise setzte dem Konzern wirtschaftlich arg zu. Bei einer Aufsichtsratssitzung, für die Chvátal nach Wien reiste, wurde nun ein massives Sparprogramm beschlossen: Fast ein Drittel der Jobs wird gestrichen, einige der zwölf Casinos-Standorte werden redimensioniert, die Konzernzentrale soll schlanker werden. 40 Millionen Euro sollen durch die Reduktion von Personal- und Sachkosten eingespart werden. „Die Presse“ traf Chvátal – ob er sein Engagement in Österreich mittlerweile bereut?

Die Presse: Können Sie uns erklären, wieso Sie ab 2015 so versessen auf die Machtübernahme bei den Casinos waren?

Robert Chvátal: Wir haben von Anfang an klargemacht, dass wir deshalb in die Casinos Austria investieren, weil das Unternehmen eine gute Ergänzung unseres Geschäfts ist. Die wirtschaftlichen Probleme aufgrund der Coronakrise konnte niemand vorhersehen. Das heutige Jahr bringt enorme Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Aber wir glauben immer noch fest daran, dass es in Österreich auch große unternehmerische Möglichkeiten gibt.

Aber 55 Prozent der Troubles gehören jetzt halt Ihnen.

Wir sehen es als 55 Prozent an Herausforderungen und Chancen.

Die wirtschaftlichen Probleme der Casinos resultieren ja nicht ausschließlich aus der Covid-Krise. In der Analyse, die Unternehmensberater McKinsey nun vorgelegt hat, werden auch die höchst problematische Kostenstruktur und die seit Jahren rückgängigen Besucherzahlen ins Treffen geführt.

Dieser Probleme waren wir uns natürlich bewusst. Deshalb sind wir eigentlich erleichtert, dass die Coronakrise zu einem Zeitpunkt ausgebrochen ist, zu dem das Unternehmen endlich eine klare Eigentümerstruktur hat: Es gibt Sazka als Mehrheitseigentümer und die Staatsholding Öbag als weiteren Großaktionär. Dadurch ist die Entscheidungsfindung in den Gremien effizienter. Das hat sich bestätigt, als alle Aktionäre dem nunmehrigen Re-Fit-Plan zugestimmt haben.

Es werden 500 der insgesamt 1700 Arbeitsplätze gestrichen. Wir haben 1200 gerettet.

Trotzdem: 500 Jobs weniger. Haben Sie nicht Anfang März eine Arbeitsplatzgarantie abgegeben? Das ist doch Teil Ihres Syndikatsvertrags mit der Öbag?

Kein Syndikatsvertrag dieser Welt hätte eine Coronakrise antizipieren können. Und die hatte immerhin ein zweimonatiges Zuspähen der Casinos zur Folge, von der weiterhin bestehenden Unsicher-



„Wir müssen verhindern, dass ein weiteres Sparpaket notwendig wird“, sagt Robert Chvátal. (Diemars Factory)

heit gar nicht zu reden. Immer noch fehlen die Touristen, die fast 50 Prozent der Casino-Besucher ausmachen. Der Syndikatsvertrag sah keine Verluste vor. Deshalb haben beide großen Anteilseigner mit sämtlichen anderen Aktionären für die nun beschlossenen Maßnahmen gestimmt.

Wieso werden defizitäre Casino-Standorte in Österreich nicht geschlossen?

Weil wir versuchen wollen, mehr Effizienz über eine Kostenreduktion zu schaffen. Und für die Republik Österreich sind zwölf Standorte nicht zuletzt wegen der Steuereinnahmen attraktiv.

Die können Ihnen als Unternehmen aber herzlich egal sein. Hätten Sie gern Standorte geschlossen?

Wir respektieren den österreichischen Standort und die regulatorischen Rahmenbedingungen. Wir sind absolut bereit dazu, die zwölf Standorte zu behalten, solange die vom Management mit Unterstützung von McKinsey vorgeschlagene Restrukturierung in Angriff und ernst genommen wird.

Leistet Sazka einen Beitrag?

Alle Aktionäre – also auch wir – wurden vom Management gebeten, auf eine Dividende zu verzichten, um dem Unternehmen Liquidität zu gewährleisten. Und das haben wir getan. Es ging immerhin um 53 Millionen Euro an Dividenden. Die wurden im Unternehmen belassen, weil es sonst schwere Cashflow- und Liquiditätsprobleme bekommen hätte.

Wie lang können Sie es akzeptieren, auf Dividenden zu verzichten?

Im Casinos-Geschäft gab es auch vorher keine wirklich hohen Dividenden. Aber dass einige Casino-Standorte rote Zahlen schreiben, können wir nicht tatenlos hinnehmen. Jetzt müssen wir verhindern, dass ein weiteres Sparpaket notwendig wird. Und wir dürfen bei

all dem Restrukturierungsaufwand der Casinos nicht die Perspektiven im digitalen Bereich aus den Augen verlieren.

Mitarbeiter argwöhnen, dass Sazka im Endeffekt alle Casino-Standorte verkaufen möchte, weil Sie bloß am Lotteriegeld interessiert sind.

Ein für alle Mal: Das wird nicht passieren.

Sie halten jetzt die Mehrheit an einem Unternehmen, das sich auch mit überaus generösen Manageregehältern hervorruht. Ist das das Ergebnis von jahrelangen politischen Interventionen?

KORDIK-ONOMY



VON HANNA KORDIK

Sagen wir so: Die jahrzehntlang zersplitterte frühere Eigentümerstruktur hat nicht wirklich zur Kosteneffizienz beigetragen.

Na ja, die höchst großzügigen Abfertigungen der Ex-Manager Alexander Labak und Dietmar Hoscher – um nur die jüngsten Beispiele zu nennen –, die haben doch herzlich wenig mit den bisher vielen Eigentümern zu tun?

Da möchte ich schon betonen, dass Sazka der Abberufung beider Vorstände zugestimmt hat. Wir haben uns aber auch dafür starkgemacht, dass die Managementverträge deutlich abgespeckt werden. Außerdem findet das Unternehmen mit zwei Vorständen das Auslangen, statt mit drei bis vier, wie in der Vergangenheit. Es gibt im Unternehmen so etwas wie eine Zwei-Klassen-Gesellschaft: Mitarbeiter, die den gleichen Job haben, werden unterschiedlich bezahlt – je nachdem, wann sie in das Unternehmen eingetreten sind. Das wird sich jetzt alles ändern: ein Kollektivvertrag für alle.

Ausnahmslos. Die Casinos Austria werden generell schlanker aufgestellt werden.

Genießen Aufsichtspräsident Walter Rothensteiner und sein Vize, Josef Pröll, noch Ihr Vertrauen? Immerhin sind sie in der Causa Glücksspiel Beschuldigte. Da beide das Sparpaket unterstützen, kann ich die Frage mit Ja beantworten.

Sie haben wohl auch keine andere Wahl: Der Syndikatsvertrag mit der Öbag sieht ja vor, dass die Österreicher sowohl den Vorstandsvorsitz als auch den Präsidenten des Aufsichtsrats stellen dürfen. Wieso waren Sie da so entgegenkommend?

Uns war es wichtig, den Fokus wieder auf das Geschäft zu legen. Dem zweitgrößten Aktionär, Öbag, war es offenbar sehr wichtig, den Standort im sogenannten Österreich-Paket zu garantieren. Wievohl ich die personelle Frage der Vorsitzenden für ein wenig überbewertet halte, aber in Österreich hat das wohl große Bedeutung.

Wieso hat Novomatic seinen 17-prozentigen Anteil an der Causa ausgerechnet an Sie verkauft? Sie beide hatten ja eine lange konfliktreiche Geschichte. Ich nehme an, dass Novomatic erkannt hat, dass man mit einem 17-Prozent-Anteil nicht viel bewegen kann.

Peter Sidlo als Finanzvorstand konnte Novomatic immerhin inthronisieren. Im U-Ausschuss meinte Sidlo, er sei für den Job überaus qualifiziert gewesen. Wieso haben Sie im März 2019 im Casinos-Aufsichtsrat nicht für ihn gestimmt?

Weil ich seine unglaublich selbstbewusste Ansicht nicht teile.

Wieso haben Sie dann nicht gegen ihn gestimmt, sondern sich der Stimme enthalten?

Weil wir die Stimmung unter den Eigentümern nicht eskalieren las-

sen wollten. Und es war ohnehin egal, weil wir auf jeden Fall überstimmt worden wären.

Weil es einen Deal zwischen FPÖ und Novomatic in puncto Onlinelizenzen gab?

Das weiß ich nicht. Ich kann nur berichten, dass ich seinerzeit – vor seiner Bestellung – ein Gespräch mit Peter Sidlo im Wiener Hotel Park Hyatt hatte. Ich habe ihn gefragt, welchen Beitrag er als Vorstandsmitglied leisten könnte. Da hat er gemeint, er könne die Casag auf die Zeit vorbereiten, in der das Unternehmen nicht mehr ein Monopol bei Onlinelizenzen hat. Das war der Moment, in dem ich dachte: Der weiß mehr als wir. Das Monopol ist doch bis 2027 festgeschrieben. Sidlo sollte einen Dreijahresvertrag bekommen. Als ich ihn darauf hingewiesen hab, hat er nichts mehr geantwortet. Als ob ihm bewusst geworden wäre, dass er da versehentlich etwas ausgeplaudert hat.

Es war ja Sazkas Initiative, Sidlo Ende 2019 zu verabschieden.

Eigentlich ist der Betriebsrat an Aktionäre herangetreten und hat sie um Hilfe gebeten, weil die Causa Sidlo schon zu einem beträchtlichen Imageschaden des Unternehmens geführt hat.

Jedenfalls ist Sidlo wegen der Abberufung zu Gericht gegangen und fordert 2,3 Millionen Euro. Juristen meinen, er habe alle Chancen. Wie sehen Sie das?

Sidlo hat keinen Genierer, Unsummen zu verlangen – trotz all der berechtigten Aufregung um den schockierenden Postenschacher und obwohl er im Unternehmen keinen Beitrag geleistet hat. Ich muss schon sagen: Bekäme er recht, wäre ich vom österreichischen Arbeitsrecht schon massiv enttäuscht. Abgesehen davon: Im Unternehmen gibt es einen Jobabbau und Gehaltskürzungen – und da fordert Sidlo allen Ernstes 2,3 Millionen? Eigentlich sollte er sein bisheriges Gehalt zurückbezahlen.

„www.yogonet.com“, 17.07.2020

Novomatic ranked 2nd for the first time amongst the most valuable Austrian brands



The company took second place in the 17th edition of this ranking by the European Brand Institute (EBI), closely behind Red Bull and ahead of the B2C brand Swarovski.

For the 17th time, the most valuable Austrian brand corporations were ranked on July 1 as part of the **Austrian Brand Value Study 2020**. For the first time, **Novomatic** took second place in this prestigious ranking by the **European Brand Institute (EBI)**, closely behind **Red Bull** and ahead of the B2C brand **Swarovski**.

As Europe's largest gaming technology group, with 30,000 employees and activities in over 70 countries, Novomatic stands out with continuous brand value and innovation focus, as illustrated by its 4,700 registered IP rights. The brand's value has increased by +3.3% to EUR 3.545 billion, which confirms the Group's dedicated two-brand strategy with the brands Novomatic in the B2B segment and **Admiral** for the B2C activities.

This latest recognition adds to prestigious international awards such as the Global Gaming Award 2020 for the "Casino Supplier of the Year" and the British Casino Award 2020 for the "Best UK Slot Machine", as well as countless international certifications and accolades in regulated gaming markets.

The Austrian Brand Value Study 2020 determined, from the "trend-TOP500 of the companies with the highest turnover in Austria" as of June 2020, those domestic corporate brands that are more than 45% Austrian-owned and whose brand value was evaluated according to the current international ISO 10668 and ÖNORM A 6800 standards. The analyses were carried out on the basis of over 180 Austrian brand corporations in 16 industry segments. Of these, the TOP 10 were recognized at the presentation.

Ein „Diener des Staats“ im Kreuzfeuer der Opposition

Kein U-Ausschuss der vergangenen Jahre ist ohne die Befragung von Strafrechtssektionschef Christian Pilnacek ausgekommen. Auch diesmal prallten heftige Vorwürfe auf heftige Dementis.

Fabian Schmid, Renate Graber, Sebastian Fellner

Wie mächtig ist Christian Pilnacek? Für die einen, meist Oppositionelle, ist er die Spinne im türkisen Ministerienetz; für die anderen ein exzellenter Strafrechtler, der durch seine exponierte Stellung unschuldig zum Reibebaum wird.

Für Christian Pilnacek ist Christian Pilnacek „ausschließlich Diener des Staats“, dessen „Macht durch Gesetze begrenzt“ ist. Seinen mit Spannung erwarteten Auftritt im Ibiza-Ausschuss erledigte der Strafrechtssektionschef größtenteils routiniert. Einzig bei Wortgefechten mit der Neos-Abgeordneten Stephanie Krisper drohte die berühmt-berüchtigte „Emotionalität“ Pilnaceks durchzubringen.

So fragte ihn Krisper zu seinem Verhältnis mit dem Obag-Alleinvorstand Thomas Schmid, der



IBIZA-U-AUSSCHUSS

Beschuldigter in mehreren Strafverfahren ist – es gilt die Unschuldsumutung. Professionell sei es, so Pilnacek. Man habe sich durch die Arbeit in den Ministerien gekannt, beide waren unter Türkis-Blau Generalsekretäre: Pilnacek für den damaligen Justizminister Josef Moser (ÖVP), Schmid für Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP). Als Krisper SMS zwischen Schmid und Pilnacek vorlegt – Ersterer gratulierte Letzterem zu einem Auftritt in der ZIB 2 –, wird der Sektionschef ungemütlich. Es sei unnötig, über private Nachrichten zu sprechen, so Pilnacek stinngemäß.

„Kampagne“ gegen Pilnacek

Bereits zuvor hatte er eine „Kampagne“ gegen seine Person beklagt, auch durch Krisper, die ihn diskreditiere. Das sah er später durch für Krisper „typische“ Fragen bestätigt.

Über den Fund des Ibiza-Videos wurde Pilnacek von der Leiterin der Staatsanwaltschaft Wien, Maria-Luise Nittel, informiert – und zwar auch erst einen Monat nach der Sicherstellung der Clips. Nittel beklagte sich bei Pilnacek über die geplante Medienarbeit der Soko Tape. Durch deren Pres-



Zumindest in puncto U-Ausschuss ein Routinier: Strafrechtssektionschef Christian Pilnacek. Seine Befragung verlief ohne Überraschungen, erwartbar war auch Zoff mit Stephanie Krisper (Neos).

sarbeit erfuhren dann erst Justizministerin Alma Zadić (Grüne) und die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) vom Videofund.

Die erste, mündliche Weisung zum Ibiza-Video sei nach der Berichterstattung von Spiegel und SZ sehr rasch erfolgt, so Pilnacek. Es war klar, dass man das Video „herbeischaffen“ müsse, um die strafrechtliche Relevanz seines Inhalts zu prüfen. Das gelang dann eben erst fast ein Jahr später.

Und wann erhält der U-Ausschuss das Video? Pilnacek ist sicher, dass die Oberstaatsanwalt Bericht und Video bis nach der Ausschusssommerpause im September geliefert hat.

Keine Leaks aus der WKStA

In seiner Befragung stellte sich Pilnacek schützend vor die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), mit der ihm eigentlich ein problematisches Verhältnis nachgesagt wird – exemplarisch dafür stand jene heimlich aufgenommene Dienstbesprechung zum Eurofighter-Akt, bei der Pilnacek der WKStA riet, Stränge zu „derschlagen“. Auch in nächtlichen E-Mails Pilnaceks kam die WKStA nicht gut weg.

Im U-Ausschuss meinte er, diese habe „die kompliziertesten Fälle“, was man bei der Beurteilung ihrer Arbeit beachten müsse. Zu undichten Stellen in der WKStA hatte Pilnacek – im Gegensatz zu Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) – keine Wahrnehmungen.

Verteidigt habe Pilnacek die WKStA auch gegenüber dem Casinos-Aufsichtsratsvorsitzenden Walter Rothensteiner. Dieser hatte Pilnacek gemeinsam mit Ex-Vizekanzler und Casinos-Aufsichtsrat Josef Pröll (ÖVP) ja im Jänner einen Besuch abgestattet. Die Opposition hatte daraufhin „Zwei-Klassen-Justiz“ beklagt, da prominente Beschuldigte im Casinos-Verfahren offensichtlich Zugang zur Fachaufsicht haben.

Es sei seine Aufgabe, Beschwerden über die Staatsanwaltschaft entgegenzunehmen, so Pilnacek. Er habe Rothensteiner aber gesagt, die lange Verwahrheit von dessen Smartphone bei der WKStA sei ordnungsgemäß. An ein Treffen mit dem ehemaligen Novomatic-Sprecher und Beschuldigten Bernhard K. beim „Krampusfest“ konnte sich Pilnacek bei der Befragung nicht mehr erinnern. Andere Beschuldigte habe er jedenfalls nicht getroffen.

Novomatic-Gründer Johann Graf war höchst aufgebracht, als die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft im August des Vorjahres zu einer Hausdurchsuchung im Novomatic-Forum in der Wiener Innenstadt anrückte. Der Oldtimer-Fan fuhr in seinem Maybach vor, öffnete sein erstaunlich spärlich eingerichtetes Büro und flüchte: Das ganze Theater sei eine Löwinger-Bühne. Er zahle in Österreich „100 Prozent der Steuern und bekomme dafür 80 Prozent der Scheiße“. Ein Staatsanwalt vermerkte später, dass Graf trotz Einsatz von „Fäkalsprache“ kooperativ gewesen sei. Die Beamten beschlagnahmten neben Grafs persönlichem Handkalendar auch dessen Handy und einen Ordner mit seltsamen Schenkungsverträgen.

Nun, ein Jahr später, hegt die Staatsanwaltschaft einen schlimmen Verdacht: Johann Graf versteuert gar nicht 100 Prozent in Österreich. Wenn sich bewahrheitet, was in der neunseitigen Ermittlungsanordnung von Anfang Juni steht, verdoppelt die österreichische Justiz den Einsatz gegen Graf. Er soll nicht nur Vizekanzler Heinz-Christian Strache bestochen haben, um Änderungen im Glücksspielgesetz zu erwirken. Graf und die von ihm Beschenkten sollen mindestens 15 Millionen Euro nicht versteuert haben. Beschuldigte sind nicht nur Novomatic-Gründer Graf selbst, sondern auch ein guter Teil des Spitzenmanagements des niederösterreichischen Automatenkonzerns.

Johann Graf ist mit einem geschätzten Vermögen von rund 6,5 Milliarden Euro einer der reichsten Männer Österreichs. Von Grafs Reichtum profitierte sein engeres Umfeld etheblich. Insgesamt 157 Schenkungsverträge im Namen Grafs wurden bei der Hausdurchsuchung im Vorjahr sichergestellt. „Da die geschenkten Beträge allesamt aus dem versteuerten Privatvermögen unseres Mandanten stammen, für jede einzelne Schenkung ein notarieller Schenkungsvertrag errichtet worden ist, sämtliche Schenkungen dem Finanzamt gemeldet wurden und unser Mandant für die einzelnen Schenkungen keine Gegenleistung verlangt bzw. erhalten hat, handelt es sich bei den Schenkungen um keine steuerbaren Vorgänge“, sagt Grafs Anwalt Christopher Schrank. Der Milliardär habe aus reiner Freundschaft Freunde und Verwandte mit Geldgeschenken bedacht. Dies sei, so Schrank, völlig legal. Die Staatsanwaltschaft sieht das anders.

Am 7. Juni übermittelte Oberstaatsanwältin Christina Jilek, sie ist für Mittwoch als Auskunftsperson im Ibiza-Ausschuss geladen, eine Ermittlungsanordnung an die Finanzpolizei wegen des Verdachtes der Abgabenhinterziehung. Die WKStA selbst ermittelt gegen 19 Personen und – nach dem Verbandsverantwortlichkeitsgesetz – gegen die Novomatic AG.

Der Verdacht: Novomatic-Alleinaktionär Graf soll über Jahre hinweg Managern, Aufsichtsratsmitgliedern und anderen verdienten Mitarbeitern Prämien in Millionenhöhe zukommen lassen. Was Grafs Anwalt private Geschenke unter Freunden nennt, halten die Korruptionsermittler für versteckte Gehaltszahlungen, die an der Steuer vorbei geleistet wurden. Beschenkt wurden oft nicht die Novomatic-Mitarbeiter selbst, sondern nahe Verwandte. Die Schenkungsverträge wären laut Staatsanwaltschaft nur „zum Schein“ abgeschlossen worden, damit die Beträge nicht versteuert werden mussten. „Die angeführten vertragsmäßigen ‚Schenkungsnehmer‘ sind ‚Mitarbeiter‘innen oder deren Angehörige

Verdächtige Geschenke

Novomatic-Gründer Graf verteilte Millionen an Mitarbeiter. Die Staatsanwaltschaft glaubt an Steuerhinterziehung im großen Stil

BERICHT: JOSEF REDI



(Aufsichtsräte, Vorstände, Angestellte etc.) von Gesellschaften der im Eigentum des Johann Graf stehenden Novomatic-Gruppe, wobei nach der derzeitigen Aktenlage [...] davon auszugehen ist, dass es sich materiell nicht um Schenkungen handelt, sondern um Gehaltsbestandteile, Bonuszahlungen, Vergütungen oder andere Zahlungen, die ihren Ursprung in dem Angestellten- oder sonstigen Mitarbeiter-Verhältnis der Zahlungsempfänger zu dem Novomatic-Konzern hatten und die Schenkungsverträge bloß der Verschleierung von einkommen- oder lohnsteuerpflichtigen Zuwendungen dienen sollte“, heißt es in dem Schreiben von Oberstaatsanwältin Christina Jilek.

Einer der Beschenkten ist Harald Neumann, von 2014 bis Anfang dieses Jahres Vorstandsvorsitzender der Novomatic AG. Der 58-jährige Manager legte seine Funktion im Februar „aus familiären Gründen“ zurück. Daten, die auf Neumanns Handy sichergestellt wurden, stützen die Theorie der Korruptionsstaatsanwaltschaft. Neumann hatte nämlich die für die Ermittler nun sehr nützliche Angewohnheit, umfassende Notizen zu verschiedenen Novomatic-Projekten, aber auch zu seinen persönlichen Zielen anzulegen. Unter „Ziele 2019“ notierte Harald Neumann auf seinem Mobiltelefon „Verdienst plus Prämie (Verkauf Italien) [...] 1 Mio bekommen“. Am 20. Februar 2019 erhielt Neumann genau jenen Betrag – also eine Million Euro – als Schenkung von Johann Graf.

Neumann erhielt in den Jahren 2017, 2018 und 2019 jeweils zu Jahresbeginn im Jänner oder Februar „Schenkungen“ von Graf. Auch eine Zuwendung Grafs an Neumanns Sohn ist den Ermittlern bekannt. Zu diesem Zeitpunkt war bereits ein Ermittlungsverfahren wegen der auffälligen Zahlungen eingeleitet worden. Neumann ist nicht der einzige Novomatic-Manager, der pünktlich jedes Jahr private Zahlungen von Graf erhielt. Neumann äußert sich nicht über die Hintergründe der Schenkungen. Im U-Ausschuss erklärte er zuletzt, dabei handle es sich um seinen höchstpersönlichen Lebensbereich.

Insgesamt haben die Korruptionsermittler Schenkungen von etwas mehr als 15 Millionen Euro an Novomatic-Mitarbeiter festgestellt, der tatsächliche Wert dürfte allerdings noch deutlich höher sein. Bei einigen der Justiz bekannten Schenkungen konnte noch nicht festgestellt werden, wie hoch diese ausgefallen sind.

Gemessen an den insgesamt 157 Schenkungen von Johann Graf sind die bis jetzt bekannten Zahlungen an Novomatic-Mitarbeiter aber wohl ohnehin nur ein Puzzleteil des Gesamtbildes.

II. Johann GRAF zu den unter Punkt I. dargestellten Tathandlungen der unmittelbaren Täter beigetragen oder die dort genannten Personen dazu bestimmt, indem er Gehaltsbestandteile, Prämien und andere aus einem vertraglichen Verhältnis zu den insbesondere in der ON 529 genannten Gesellschaften resultierende Vergütungen durch Initiierung und Unterfertigung der dargestellten „Schenkungsverträge“ verschleierte.

Am 7. Juni informierte die Korruptionsstaatsanwaltschaft die Finanzpolizei über ihre Ermittlungen. Es geht um mindestens 15 Millionen Euro, die in Form von Schenkungen verteilt worden sind

„Österreich“, 15.07.2020

POLITIK

U-Ausschuss heute wieder ohne Milliardäre

Johann Graf sollte morgen aussagen.

Heidi Horten schrieb Brief ans Parlament.

Horten erklärt in Brief: Keine Gegenleistung für Spende an VP

Heute wird im U-Ausschuss Christian Pilnacek befragt – Milliardäre sagen wieder ab.

Wien. Am Mittwoch und Donnerstag wären die Milliardäre Heidi Horten und Johann Graf zum zweiten Mal als Auskunftspersonen ins Parlament geladen gewesen. Doch beide erteilten dem Ibiza-U-Ausschuss erneut eine Absage und lieferten ärztliche Atteste. Horten schrieb zudem einen Brief an die Parlamentsdirektion: Darin erklärt die 79-jährige, dass sie der Ladung auf Empfehlung ihrer Ärzte nicht Folge leisten könne, aber dennoch ihren Beitrag zur Aufklärung leisten wolle. Hortens Spenden an die ÖVP – insgesamt 931.000 Euro – seien demnach mit keinerlei Gegenleistungen verbunden gewesen. Sie stehe zu ihrer Entscheidung von 2018, an die ÖVP zu spenden, die politische Diskussion darum habe sie jedoch sehr nachdenklich gemacht.

Die SPÖ möchte nun eine erneute Ladung beantragen.

Zeuge. Spannend wird der heutige U-Ausschuss-Tag aber auch ohne Milliardärs-Zeugen: Christian Pilnacek, mächtiger Beamter im Justizministerium, sagt aus.

Weiter Streit um das Ibiza-Video

Wien. Justizministerium und U-Ausschuss ringen weiter um die Herausgabe des Ibiza-Videos. Denn Staatsanwaltschaft und WKStA haben, wie gesetzlich vorgesehen, geprüft, was für die Untersuchungen relevant ist. Bedeutet: Die Abgeordneten erhalten nur einen Teil des Videos. Sie wollen die Herausgabe des gesamten Materials beantragen.



Christian Pilnacek.



„Kurier“, 15.07.2020

„Notfalls vorführen lassen“

U-Ausschuss. ÖVP hat Ex-Casinos-Vorstand Hoscher nochmals geladen / Milliardäre kommen nicht mehr



ANDREA HODOSCHEK

Wirtschaft von innen

Ex-Casinos-Vorstand Dietmar Hoscher sorgt im parlamentarischen U-Ausschuss für ziemliche Verärgerung. Der ehemalige SPO-Nationalrats- und Bundesratsabgeordnete ließ sich für die Dauer des gesamten Ausschusses entschuldigen. War aber, wie der KURIER berichtete, fit genug, um vergangene Woche als Vorsitzender die Sitzung des Rapid-Kuratoriums zu leiten.

Die ÖVP-Fraktion hat den Glücksspielmanger und Spitzenverdiener erneut geladen. Der Termin steht noch nicht fest. „Dietmar Hoscher hat sich nach § 34 Verfahrensordnung der Befragung im U-Ausschuss entzogen. Kurze Zeit später leitet er aber eine Sitzung bei Rapid Wien und führt völlig normal mit dem Auto“, begründet Wolfgang Gerstl, ÖVP-Fraktionsvorsitzender im Ausschuss.

„Ein derart ignorantes Verhalten dem Parlament gegenüber habe ich noch nicht gesehen und diese Kaltschnäuzigkeit werden wir auch nicht akzeptieren“, empört sich Gerstl. Man müsse sich ja auch immer mehr fragen, was Herr Hoscher zu verheimlichen habe, „um mit allen Mitteln einer Befragung im U-Ausschuss zu entgehen“. Die ÖVP habe bereits eine erneute Ladung veranlasst, bestätigt Gerstl, „und wir werden jedes Rechtsmittel ergreifen, um ihn notfalls auch mit Polizeigewalt vorführen zu lassen“.

Bei Nichterscheinen kann eine Beugstrafe von 500 bis 5000 Euro verhängt werden, im Wiederholungsfall drohen 2000 bis 10.000 Euro. Kommt ein neuerlich Geladener ohne „genügende Entschuldigung“ wieder nicht, kann der U-Ausschuss die polizeiliche Vorführung beantragen.

Hoscher beauftragt sich als einziger Geladener auf § 34/1. Personen, „die wegen einer psychischen Krankheit, wegen einer geistigen Behinderung oder einem anderen

Grund unfähig sind, die Wahrheit anzugeben“, dürfen nicht als Auskunftspersonen angehört werden.

Herr Hoscher hat sein Fernbleiben vom Ausschuss entschuldigt und der Parlamentsdirektion ein ärztliches Attest vorgelegt, das eine nachvollziehbare Begründung enthält, weshalb von einem Erscheinen aus medizinischen Gründen dringend abgeraten wurde“, erklärt sein Anwalt Michael Pilz.

Die „Unzulässigkeit der Befragung“ dürfe doch angezweifelt werden, meint Gerstl. Die Kuratoriumssitzung im Allianz-Stadion dauerte mehrere Stunden und war nicht einfach.

Aber auch die SPÖ hat auch keine Freude mit Hoscher, der für die Partei lange den ORF-Stiftungsrat leitete. Hoscher kann nämlich erst nach der Sommerpause aussagen. Der Ausschuss-Kalender für September ist allerdings ziemlich voll, sodass der Termin gefährlich in die Nähe der Wien-Wahl am 11. Oktober rücken könnte. In der SPÖ befürchtet man, dass die ÖVP den Auftritt oder Nicht-Auftritt von Hoscher wahlkampfmäßig vermarktet.

Milliardäre

Mit der Vorführung der Milliardäre wird es nichts. Der 90-jährige Waffenindustrielle Gaston Glock ließ sich gesundheitlich entschuldigen

Ehemaliger Casinos-Vorstand Dietmar Hoscher, 58

und wird nicht mehr geladen. Seine Tochter Kathrin Glock, im Aufsichtsrat der Austro Control, soll im Oktober auftreten.

Die Milliardärin und ÖVP-Spenderin Heidi Goess-Horten wurde erneut geladen, will aber weiterhin nicht erscheinen. Die 79-Jährige schickte der Parlamentsdirektion einen Brief und ein ärztliches Attest. Sie werde künftig keiner Partei mehr spenden, ließ sie wissen.

Novomatic-Eigentümer Johann F. Graf (73) wurde nochmals für September geladen, ließ sich aber auch für die restliche Dauer aus gesundheitlichen Gründen entschuldigen.

Ab September sind prominente Manager, Unternehmer und ÖVP Spender geladen. Für den 16. September ist Rainer Seele vorgesehen, CEO der OMV, und sein Aufsichtsratsvorsitzender Wolfgang Berndt. Einen Tag später die Wirtschaftsankwiltin Edith Hlawat, Aufsichtsratschefin bei Post und Telekom Austria.

Weiters geladen sind Signa-Gründer René Benko, KTM-Chef Stefan Pierer, der Unternehmer Klaus Ortner, UNIQA-Chef Andreas Brandstetter, Julian Hadschieff (Premi-QuaMed), Andritz-Boss Wolfgang Leitner und Ehefrau Cattina Leitner (Aufsichtsrätin der ÖBB-Holding) sowie ÖBAG-Aufsichtsrätin und Ex-Bankerin Susanne Höllinger.

Gesundheitlich entschuldigt: Novomatic-Gründer und Eigentümer Johann F. Graf, 73



Schrieb Brief: Will künftig keiner Partei mehr spenden: Milliardärin Heidi Goess-Horten



Waffen-Milliardär Gaston Glock, 90, wurde vom Ausschuss gar nicht mehr geladen

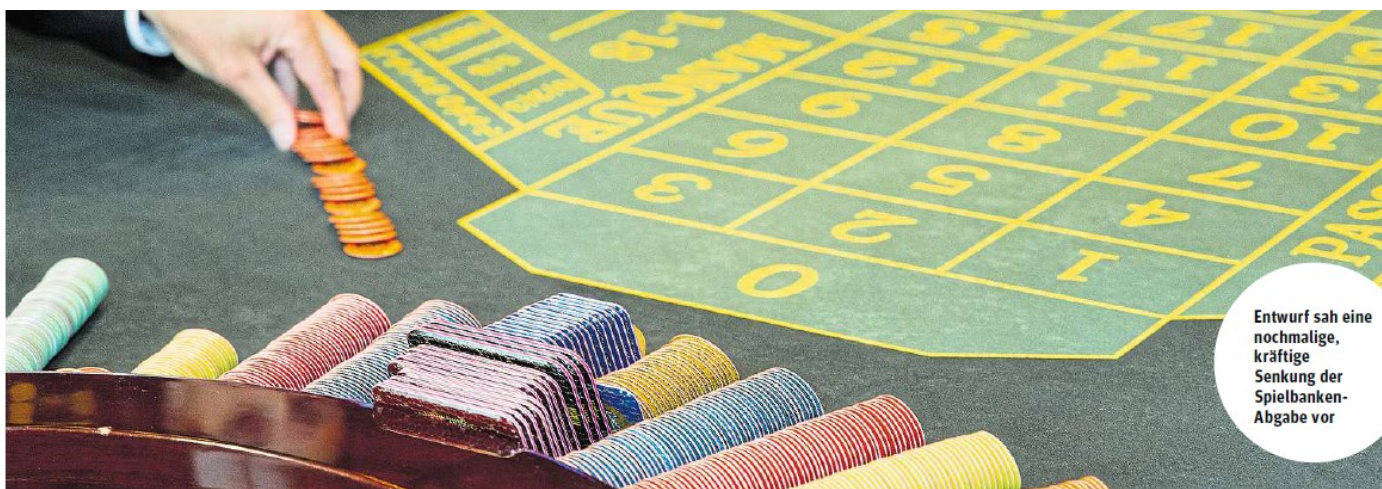


„Ein derart ignorantes Verhalten dem Parlament gegenüber habe ich noch nicht gesehen und diese Kaltschnäuzigkeit werden wir auch nicht akzeptieren“

Wolfgang Gerstl
ÖVP-Fraktionsvorsitzender im U-Ausschuss



JEFF MARVORE



Das geplante Steuer-Geschenk

Glücksspielgesetz. Entwurf 2019 aufgetaucht: Entlastung für Casinos und Lotto, Nachteile für Novomatic



ANDREA HODOSCHEK

Wirtschaft von innen

Das Finanzministerium unter ÖVP-Minister Hartwig Löger hatte 2019 einen weiteren Entwurf zum Glücksspielgesetz ausgearbeitet. Das Papier aperte jetzt in Zusammenhang mit dem umfangreichen Strafverfahren in der Ibiza- und Casinos-Affäre aus.

Der Rohentwurf ist mit 29. April 2019 datiert und wurde nicht in Begutachtung geschickt. Im Gegensatz zum Entwurf 2018, der seit Wochen ein Thema im parlamentarischen U-Ausschuss ist, geht es in der neuen Fassung nicht mehr um die Liberalisierung des Glücksspielmarktes und um Konzessionen. Auch das IP-Blocking gegen illegale Online-Anbieter ist nicht mehr enthalten.

Im Zentrum stehen stattdessen steuerliche Aspekte. Wäre die Novelle wie geplant

umgesetzt worden, hätten die teilstaatlichen Casinos Austria (Casag) wieder einmal ziemlich Glück gehabt.

Vorgeschlagen wurde eine massive Steuersenkung für fast alle Produkte, die von der Casag ausgespielt werden. Dabei geht es um beträchtliche Summen, die sich die Casag auf Kosten der Steuerzahler erspart hätte. Die Gruppe ist einer der größten Steuerzahler des Landes und lieferte im Vorjahr 556 Millionen Euro an spielabhängigen Steuern ab.

So sollte die Abgabe auf die Cashcow-Tochter Lotto sowie für Toto und Zusatzspiel künftig nur noch 19 Prozent der Einsätze betragen.

Derzeit sind die ersten 400 Umsatzmillionen mit 18,5 Prozent besteuert. Für alle Einnahmen darüber hinaus sind 27,5 Prozent an den Fiskus abzuliefern. Die gesamten Lotto-Einsätze liegen in der Größenordnung von vier Milliarden Euro im Jahr.

Die Steuer auf sogenannten **Sofortlotterien** (Rubbellose etc.), bis dahin 17,5 Prozent, sollte auf zehn Prozent gesenkt werden. Ebenso für Zahlenlotto, Nummernlotterien, Bingo und Keno. Nur für



Bei Lotto wäre steuerlich noch einiges möglich gewesen

die im Konzern nicht maßgebliche Klassenlotterie waren zehn statt zwei Prozent Steuer vorgesehen.

Zweite Steuersenkung

Für die 12 Inlandscasinos, die vor einem radikalen Sparprogramm und dem Abbau von 500 Mitarbeitern stehen, sollte die Spielbankabgabe von 30 Prozent ebenfalls deutlich reduziert werden. Und zwar auf 18 Prozent für Lebendspiel (Gaming mit Croupiers) und 25 Prozent für das Automatenspiel.

Die Casinos waren schon

einmal großzügig bedacht worden und konnten sich über eine Steuersenkung von 48 auf den in der EU unüblichen Satz von 30 Prozent freuen. Das war unter der rot-schwarzen Regierung gedacht als Ausgleich für mögliche Konkurrenz durch drei neue Konzessionen, die bis heute allerdings nach wie vor nicht ausgespielt sind.

Lobbying beherrschen die Casinos offenbar wesentlich besser als der langjährige Erzrivale Novomatic. Der KURIER berichtete über den Masterplan der Casinos. **Wetten**, die steuerlich nicht als Glücksspiel gelten, sollten nämlich saftig verteuert werden. Die Abgabe auf die Wetteinsätze wollte das Finanzministerium laut dem Entwurf von zwei auf vier Prozent verdoppeln. Das hätte Novomatic empfindlich getroffen.

Ibiza kam dazwischen

Im Finanzministerium will man den Entwurf nicht kommentieren. Die Überlegungen seien auf Grund „des abrupten Regierungswechsels nicht weiter verfolgt worden, da die Expertenregierung keine neuen Gesetzesänderungen auf den Weg bringen wollte“, erklärt dazu Ministeriums-

sprecher Johannes Pasquali. Drei Wochen nach Erstellung des Entwurfs sprengte das Ibiza-Video die türkis-blaue Regierung.

Eine etwaige Benachteiligung einzelner Anbieter könne laut Pasquali „nicht nachvollzogen werden“, da auch die Casag Sportwetten anbiete. Stimmt schon, aber Novomatic ist mit der Tochter Admiral klarer Marktführer in Österreich, die Casag mit tipp3 weit abgeschlagen.

Dinner in London

Wer gab eigentlich den Auftrag zum Entwurf 2019?

Es sei nicht unüblich, dass das Haus legislative Anpassungen ausarbeite, was im Glücksspielgesetz auch durch Marktveränderungen erforderlich sein könne, wie etwa bei extremer Zunahme von Wettereignissen. Also alles eine Eigeninitiative der Beamten?

Etwaige Steuersenkungen für Casinos und Lotterien seien nicht vorgesehen gewesen, meint der Sprecher. Steht aber explizit im Entwurf, der dem KURIER vorliegt.

Durchaus möglich, dass der Anstoß zum Steuerzuckerl im Februar 2019 bei einem Abendessen in London

erfolgte. Öffentlich bekannt wurde das Treffen des FPÖ-Staatssekretärs im Finanzministerium, Hubert Fuchs, mit Novomatic-Eigentümer Johann F. Graf auf der Glücksspielmesse ICE am Stand des Gamingkonzerns.

Casag-Generaldirektorin Bettina Glatz-Kremsner bestätigte jetzt bei ihrer Einvernahme bei der Staatsanwaltschaft als Zeugin, sie habe Fuchs angeboten, bei der Organisation eines Messebesuchs behilflich zu sein. Immerhin handelte es sich um die wichtigste Gaming-Messe in Europa, Novomatic war der größte Aussteller und damals ebenso wie die tschechische Sazka-Group maßgeblicher Casag-Aktionär. Beim Gespräch Fuchs-Graf war Glatz-Kremsner nicht da bei.

Am Abend zuvor stand ein Dinner im exklusiven China-Restaurant Hakkasan Mayfair (Spezialität Peking-Ente mit Kaviar) auf dem Reiseplan. Mit dabei der damalige Casag-Chef Alexander Labak, sowie Robert Chvatal, Vize-Aufsichtsratsvorsitzender und Chef der mit Novomatic bereits erbittert verfeindeten Sazka. Und der Staatssekretär.

andrea.hodoschek@kurier.at

„Profil“, 13.07.2020

„Projekt Glücksspiel- Reform“

Das ÖVP-regierte Finanzministerium bereitete 2018 eine beispiellose Liberalisierung des Glücksspielmarktes vor.

Das Online-Monopol der Lotterien sollte fallen, das „kleine“ Automatenglücksspiel wieder bundesweit möglich sein, auch neue Kasinos waren Teil der Planspiele.

Der Koalitionspartner FPÖ war lange nicht eingebunden.

Gab es einen Deal ÖVP-Novomatic?

VON STEFAN MELICHAR,
MICHAEL NIKBAKSH UND
JAKOB WINTER

HARTWIG LÖGER,
HARALD NEUMANN
„Zu keinem Zeitpunkt
Gespräche mit
Novomatic über
Glücksspiellizenzen
geführt.“



Gab es rund um die Bestellung von Peter Sidlo zum Vorstand der Casinos Austria AG (Casag) 2019 einen Deal FPÖ-Novomatic? Das ist eine der zentralen Fragen des laufenden Ibiza-Untersuchungsausschusses; eine Frage, die zugleich auch ein umfangreiches Ermittlungsverfahren der Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) bestimmt. Der Verdacht: Die damalige FPÖ-Spitze soll Novomatic substanzielle Versprechen im Hinblick auf eine begehrte Online-Glücksspiellizenz gemacht haben. Im Abtausch dafür soll Novomatic den blauen Protegé Sidlo im Vorstand der Casinos Austria installiert haben. Bewiesen ist das nicht, die involvierten Personen bestreiten das ausnahmslos. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Den Medien profil, „Der Standard“ und ORF-„ZIB 2“ liegt eine umfangreiche Dokumentation aus dem Innersten des Finanzministeriums (BMF) vor, die einen bisher nicht bekannten Strang der Geschichte erzählt – und dieser führt direkt zur ÖVP. BMF-interne E-Mails, Memos, Analysen und Positionspapiere decken den Zeitraum Frühjahr 2018 bis Februar 2019 ab. Der Inhalt ist brisant. Am 1. Juni 2018, also Monate, bevor Heinz-Christian Strache und der damalige Novomatic-Chef

Harald Neumann die Personalie Sidlo erstmals via WhatsApp beplauschten, war im ÖVP-regierten Finanzministerium das Projekt „Glücksspiel-Reform 2018“ angelaufen. Den Auftrag dazu hatte Finanzminister Hartwig Löger erteilt, der für die ÖVP in der Regierung saß. Der Koalitionspartner FPÖ war zu diesem Zeitpunkt nicht eingebunden.

Die Dokumente zeigen, dass Lögers Ressort mit Fortdauer des Projekts eine beispiellose Liberalisierung des Glücksspielmarktes vorbereitete. Erstens: Das „kleine“ Automatenglücksspiel, das derzeit nur in fünf Bundesländern zugelassen ist, sollte durch Vergabe sogenannter Bundeskonzessionen wieder landesweit möglich sein, auch in Wien. Zweitens: Das Online-Glücksspiel, auf welches die Lotterien mit „win2day“ ein Monopol haben, sollte für Mitbewerber geöffnet werden; das Ministerium erwog die „Versteigerung von Online-Glücksspielkonzessionen“. Drittens: Auch Konzessionen für neue, vollwertige Casinos waren Teil der Planspiele.

Zufall oder nicht: Diese Vorhaben hätten Novomatic in die Karten gespielt. Dem Glücksspielkonzern wird seit Langem Interesse an einer österreichischen Online-Glücksspiellizenz nachgesagt; bis zur Verbannung des Automatenglücksspiels aus vier Bundesländern war dieses für Novomatic ein bedeutender Geschäftszweig



gewesen, vor allem in Wien. Dass Novomatic daneben auch Spielbanken in Österreich betreiben wollte, ist evident. In diesem Kontext ist auch eine Liste zu sehen, welche die Ermittler in der Causa Casinos auf dem Mobiltelefon des früheren Novomatic-Chefs Harald Neumann sicherstellten. Darauf finden sich – bezogen auf das Jahr 2018 – unter anderem folgende Einträge: „Casag Anteil verkaufen ... (Online und Kasino Lizenz) ... Strategieänderung“ sowie „Österreich eine Kasinolizenz plus Online ... in Arbeit“. Auch für 2019 war der Punkt „Online Lizenz“ eingetragen.

Gab es womöglich einen Deal ÖVP-Novomatic – lange bevor die FPÖ involviert war? Novomatic-Anwalt Peter Zöchbauer verneint das auf Anfrage mit allem Nachdruck: „Es gab keinen wie auch immer gearteten Deal zwischen der Novomatic AG und der Politik. Die Novomatic AG hält fest, dass ihr weder die Reformpläne zum Glücksspielgesetz vorab bekannt waren, noch, dass ihr Lizenzen oder Vorteile versprochen worden sind.“

Der Projektauftrag

Im Finanzressort wurde das Projekt von Lögers Kabinett (Kabinettschef: Thomas Schmid) und der zuständigen Glücksspielfachabteilung ab Juni 2018 vorangetrieben. Löger, der damals erst seit einem halben Jahr im Amt war, installierte zwei Projektmanager aus der Fachabteilung und ließ einen sechsköpfigen Projektleitungsausschuss einrichten. In dem achtseitigen „Projektauftrag“ des Ministers wurden auch maßgebliche „Projektumwelten“ definiert, die von den geplanten, weit reichenden Umwälzungen des Glücksspielmarktes betroffen gewesen wären. Darunter: „Bundeskonzessionäre“ (etwa die Casinos-Austria-Gruppe), „Landesbewilligte“ (etwa die Novomatic-Tochter Admiral), „Sportwettenanbieter und -vermittler“, „Landesregierungen“, die Finanzverwaltung, diverse Ministerien, Gerichte und Bezirksbehörden.

Das Projekt lief zwar vorgeblich im Rahmen des Regierungsprogramms der türkis-blauen Koalition 2017–2022, darin war allerdings nur vage von einer „Kompetenzbereinigung im Rahmen des Glücksspielgesetzes“ die Rede. Die tatsächlichen, weit reichenden Reformpläne wurden erst später verschriftlicht.

In dem Papier findet sich kein Hinweis darauf, dass FPÖ-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs oder einer seiner Mitarbeiter Anfang Juni 2018 in das Projekt involviert gewesen waren. Beamten des Finanzministeriums war es damals per Weisung verboten, direkt mit Fuchs zu kommunizieren (profil berichtete). Fuchs dürfte erst im Jänner 2019, ein halbes Jahr nach Projektstart, eingeweiht worden sein.

Im Kern ging es bei der geplanten Reform um zweierlei: Geld und Einfluss. Der Bund wollte die zersplitterten Kompetenzen im Glücksspiel- und Sportwettenmarkt an sich ziehen: „Übertragung der Zuständigkeiten für Landesbewilligungen betreffend Glücksspielautomaten an den Bund“, wie es hieß. Derzeit ist das kleine Glücksspiel, also die Bewilligung von klassischen Automatensalons, Sache der

„Denkbar sind Versteigerungen nach Vorbild des Telekommunikationsbereichs“

Aus einem Arbeitspapier des Finanzministeriums

Länder. In Wien, Salzburg, Tirol und Vorarlberg gilt ein Totalverbot. Insbesondere das Ende der Automatensalons in Wien mit Anfang 2015 war schmerzlich für die Novomatic: Branchenkenner schätzen, dass dem Konzern seither jährlich etwa 100 Millionen Euro an Bruttospielerträgen entgingen.

Um die neuen Zuständigkeiten im Glücksspiel- und Wettsektor zu verwalten, sah das Projekt weiter vor, im Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel ein „Competence-Center Glücksspiel“ einzurichten. Den Bundesländern sollte der Entzug der Kompetenz für die Landesglücksspielautomaten und Wettlokale offenbar durch „Ausgleichszahlungen für reduzierte oder entfallene Landesabgaben“ schmackhaft gemacht werden.

Der Geldregen

Das kühne Reformprojekt war also im Juni 2018 angestoßen worden – und sollte sich in den folgenden Monaten prächtig entwickeln. Ende Oktober 2018 lag Lögers Kabinett ein „Positionspapier“ vor. Dieses wurde bereits im November 2018 in ein Konzept für eine „Steuerentlastungsreform“ integriert. Dieses Dokument, das profil vorliegt, zeichnet sich zunächst dadurch aus, dass darin entgegen der Überschrift keine einzige Steuerentlastung zu finden ist. Doch auch der Untertitel „Arbeitspaket: Kundenservice“ lässt nicht erahnen, dass – fast schon verschämt – im sechsten und letzten Kapitel des Papiers die potenziell weitreichendste Reform des Glücksspiels in Österreich seit Menschengedenken skizziert ist. Unter der Kapitelüberschrift „Glücksspielregulierung NEU – Zukunftsmodell 2020“ werden gleich mehrere Vorhaben zusammengefasst. Herzstück der Überlegungen war ein „5-Säulen-Modell“, demzufolge es zwar weiterhin nur eine Lotteriekonzession geben sollte. Anders als bisher wäre das Monopol auf das Online-Glücksspiel daran aber nicht mehr gekoppelt gewesen. Hier sollten vielmehr „Bundeskonzessionen begrenzt nach Bevölkerungsanzahl“ zur Auktion gelangen. *„Denkbar sind Versteigerungen nach Vorbild des Telekommunikationsbereichs ... : aktuelle Vergabe der 5G-Frequenzen; die 3G-Frequenz-Vergabe 2013 brachte 2 Mrd. Einnahmen, wobei hier den hohen Einmaleinnahmen keine laufenden Konzessionsabgaben gegenüberstehen.“*

Man hörte es also – zumindest auf Beamtenebene – schon im Steuerbeutel klingeln. Im Papier heißt es: *„Nach einer Grobschätzung könnten alle Maßnahmen mittelfristig 120 Mio/Jahr zusätzlichen Abgabenertrag bringen.“* Allerdings hätte das Online-Glücksspiel, das hier besonders nachhaltig reformiert werden sollte, nur 30 der 120 Millionen Euro zum erhofften Geldsegen aus verschiedenen Maßnahmen beigetragen.

Grundsätzlich erhoffte man sich den Gewinn für die Staatskasse aus Umsatzverlagerungen von illegalen zu legalen Online-Anbietern. Im Papier heißt es: *„Das Ziel ist es, nach Ablauf der bestehenden Lotteriekonzession eine moderate Öffnung des Online-Glücksspielmarktes und eine hohe Kanalisierungsquote von illegalem zu legalem Glücksspiel zu bewirken.“*

Zusätzliche legale Anbieter in Österreich bilden die starke Angebotsseite ab und ermöglichen einen streng regulierten und beaufsichtigten legalen Markt, der sich an der Nachfrage orientiert.“ Von der Reform betroffenen, wären unter anderem „Anbieter von Online-Glücksspielen im internationalen Umfeld (globale Big Player), die derzeit nicht legal anbieten dürfen“.

Unabhängig davon bekam Hartwig Löger Ende Jänner 2019 von seinen Beamten auch einen „Informationsbericht“ vorgelegt, in welchem die Zukunft der drei offenen Kasino-Konzessionen behandelt wurde. Die Casinos Austria sind bis heute alleiniger Betreiber vollwertiger Spielbanken, sie verfügen über landesweit zwölf Lizenzen. 2014 hatte der Bund allerdings drei neue Konzessionen vergeben: zwei an Novomatic, eine an das schweizerisch-deutsche Gauselmann-Konsortium. Die Casag war damals leer ausgegangen und hatte das Bundesverwaltungsgericht angerufen, das die Vergabe wegen mangelnder Transparenz schließlich kippte. „*Neuerliche Ausschreibung aller 15 Spielbankkonzessionen für die neue planmäßige Konzessionsperiode ab 2027 bzw. 2030*“, empfahl die Fachabteilung dem Minister. In einer anderen BMF-Unterlage ist davon die Rede, dass von einer „zusätzlichen Spielbank an bestem Standort“ zusätzliche Abgaben von 15 bis 20 Millionen Euro zu erwarten seien.

Zwischen zwei Stühlen

Die Vorgänge im Finanzministerium ab dem Frühsommer 2018 sind auch im Kontext des damals ausgebrochenen Konflikts zwischen der Republik und der tschechischen Sazka Group um Posten und Pouvoirs in der Casinos Austria AG zu sehen. Bund und Sazka hielten damals bei jeweils rund einem Drittel der Casag-Anteile. Der dritte große Aktionär war Novomatic mit rund 17 Prozent – und damit gleichsam das Zünglein an der Waage. Was die Sache zusätzlich komplizierte: Sazka und Novomatic hatten ihre Stimmrechte vertraglich aneinandergebunden; zusammen hatten sie damit bereits die Mehrheit bei der Casag.

Dem Rechercheverbund liegt unter anderem das Protokoll einer Sitzung im Finanzministerium vom 3. Mai 2018 vor, an welcher Lögers Kabinettschef Schmid, Novomatic-Chef Neumann und Sazka-Vertreter Stepan Dlouhy teilnahmen. Der Ton war offenbar recht frostig. Sazka bestand darauf, die volle Kontrolle über die Casag zu erlangen, und berief sich auf Zusagen der vorangegangenen Bundesregierung. „Neue Regierung, neue Meinungen“, replizierte Schmid und führte aus, dass sich die nunmehrige Bundesregierung an ein allfälliges „Commitment“ der vorangegangenen nicht gebunden fühle und nun ihrerseits die Kontrolle über die Casag beanspruche. „Das heißt, dass die Interessen von Sazka und Finanzministerium in direktem Widerspruch zueinander stehen“, sagte Dlouhy, der daraufhin drohte, bei der bevorstehenden Casag-Hauptversammlung die Macht im Aufsichtsrat zu übernehmen (mit der Hilfe von Novomatic). Hier schaltete

sich erstmals Neumann ein und stellte sich auf Schmid's Seite. Novomatic werde das Vorhaben der Tschechen ungeachtet des „Shareholder Agreement“ keinesfalls unterstützen, da dies die Casinos Austria „schädigen“ würde.

Im Rahmen einer internen Befragung erklärte Neumann den Kern der Auseinandersetzung später so: Sazka habe vom früheren Finanzminister Hans Jörg Schelling die Zusage gehabt, rund 13 Prozent der Casag-Anteile aus dem Bundesbesitz zu erwerben, um so die Casinos-Gruppe mehrheitlich kontrollieren zu können. Die folgende Bundesregierung habe sich daran nicht mehr gebunden gefühlt, „womit Sazka offenkundig nicht gerechnet hatte“, so Neumann. Auf Anfrage bestreitet das Schelling erbost: „Es gab nie eine Zusage. Ich kann die Aussagen von Neumann in keiner Weise nachvollziehen.“ Sazka habe zwar von Anfang an gesagt, „dass sie die Mehrheit wollen. Wir wollten immer einen österreichischen Kernaktionär.“ Der frühere Finanzminister will nun „rechtliche Schritte“ gegen Neumann prüfen.

Auf jeden Fall war das Finanzministerium als Casinos-Eigentümerversorger auch auf das Wohlwollen von Novomatic angewiesen, um den politisch gewünschten Einfluss auf die Casinos Austria AG durchzusetzen.

„Es gab weder mit der FPÖ noch mit ÖVP einen wie auch immer gearteten ‚Deal‘, der Vorteile im Bereich des Glücksspielrechts hätte bringen sollen“, schreibt Neumanns Anwalt Norbert Wess auf Anfrage. „Mag. Neumann hat die derzeit bestehende, in vielerlei Hinsicht problematische Rechtslage wiederholt thematisiert, das war auch seine Aufgabe als Generaldirektor der Novomatic AG. Diese Interessensvertretung, auch Politikern oder Amtsträgern gegenüber, hat Mag. Neumann nie mit einer ‚Gegenleistung‘ oder sonst einer ‚Vorteilsgewährung‘ verknüpft. Auch wurden der Novomatic AG keine Änderungen im Glücksspielrecht oder gar eine ‚Ausschreibung neuer Lizenzen‘, etwa im Gegenzug einer Unterstützung im Casag-Aktionärsstreit, versprochen.“ Werner Suppan, Anwalt von Ex-Minister Löger, teilt mit: „Mein Mandant hat zu keinem Zeitpunkt Gespräche oder Verhandlungen mit der Novomatic oder deren Vertretern über Online- oder allgemeine Glücksspiel-lizenzen geführt und hatte während seiner gesamten Zeit als Finanzminister auch keine Wahrnehmungen über Gespräche anderer Personen mit der Novomatic oder deren Vertretern zu diesem Thema.“ Löger habe sich nichts vorzuwerfen.

Der angekündigte Umsturz im Casinos-Aufsichtsrat blieb aus, weil Novomatic sich bei einer Hauptversammlung – zugunsten der Republik – gegen Sazka stellte. Das Kontrollgremium wurde 2018 sanft umgebaut, 2019 dann auch der Vorstand: Die Finanzdirektorin und einstige ÖVP-Vizeparteiboss Bettina Glatz-Kremsner avancierte zur Generaldirektorin, ergänzt durch Sazka-Mann Martin Skopek und den (wenig später geschassten) Peter Sidlo.

Das Glücksspielgesetz ist bis heute nicht reformiert worden. Die Kontrolle über die Casinos Austria hat die Republik endgültig verloren. Ende des Vorjahres verkaufte Novomatic die Casag-Anteile an Sazka. ■

„Es gab nie eine Zusage. Ich kann die Aussagen von Neumann in keiner Weise nachvollziehen.“

**Hans Jörg Schelling,
Finanzminister a. D.**

13.07.2020 MARKEN, MEDIEN, MACHER WWW.MEEDIA.DE

TV-PRODUKTION
Wie Corona die
Regeln der Branche neu
schreibt

NEUROMARKETING
Gattungspapst
Jeffrey Eisenberg im
Interview

SPIN MASTER

Die **LÖWEN-GRUPPE** und ihr PR-Kampf fürs Zocken

DING, DING,

Das Geschäft mit Glücksspielautomaten hat ein miserables Image. Der Automatenhersteller und Spielhallenbetreiber **LÖWEN ENTERTAINMENT** setzt dagegen an – mit einer PR-Offensive wie aus dem Lehrbuch. Eine Analyse

LÖWEN ENTERTAINMENT IN ZAHLEN

- 1949 in Braunschweig gegründet
- 850 Mio. Euro Umsatz im Jahr 2019
- 4.250 Beschäftigte

TEXT LUKAS KLAAS

Hartmut F. hatte alles, was das bürgerliche Herz begehrt: ein solides Handwerk erlernt, einen kleinen Betrieb aufgebaut und eine liebe Frau geheiratet. Heute hat Hartmut F. gar nichts mehr. Sein Betrieb: insolvent. Seine Frau und die Kinder: auf und davon. Und er? Muss sich ständig Geld leihen. Das investiert er dann in die Glücksspielautomaten seines Vertrauens. Münze für Münze steckt er in Book of Ra oder Ancient Goddess. Das Gesicht blass, die Hände zitternd, hofft er auf ein bisschen Glück, um durch den Tag zu kommen.

Hartmut F. existiert nicht. Seine – diese – Geschichte aber wurde schon viele Male erzählt: als TV-Beitrag, als Radio-Feature oder als Print-Reportage. Die Protagonisten wechseln, die Orte auch, die Story bleibt: „Mensch zockt Spielautomat, Mensch verliert Kontrolle“. Denn Glücksspiele haben nicht den besten Ruf. Den miserabelsten von allen aber hat das Glücksspiel am Automaten. Das liegt an traurigen Geschichten um gebrochene Existenzen. Es liegt aber auch am Drumherum: Wer an Glücksspielautomaten denkt, der denkt nicht an den fröhlichen Jackpot-Knacker



Volle Kontrolle –
In staatlich konzessionierten Spielhallen sind Geräte auf dem neuesten Stand und die Mitarbeiter halten die Augen nach pathologischen Spielern offen.

(Lotto), nicht an schicke Etablissements (Casino) oder Fußballprofis und coole Typen (Sportwetten).

Wer an Glücksspielautomaten denkt, der denkt an dubiose Kaschemmen, dunkle Ecken und kriminelle Machenschaften. Dass da was Wahres dran ist, teilweise jedenfalls, zeigen Studien und Zahlen zum Thema. Dass damit aber nicht die ganze Geschichte erzählt sei, darauf pocht seit geraumer Zeit der Automatenhersteller und Spielhallenbetreiber Löwen Entertainment. Im Rahmen einer groß angelegten PR-Offensive setzt das Unternehmen daher auf viel Dialog und ein bisschen Provokation. Eine Mischung, die Wirkung zeigt.

Deutschlands Chef-Croupier in der Offensive

Löwen Entertainment mit Sitz im beschaulichen Bingen am Rhein betreibt rund 350 Spielhallen über seine Marke Admiral. Außerdem sind die Bingerer ein Hersteller von Spielaautomaten, die entweder in den eigenen Spielhallen eingesetzt oder an andere Aufsteller vermietet werden. Nach Unternehmensangaben beschäftigt Löwen Entertainment 4250 Arbeitnehmer und setzte zuletzt rund 650 Mio. Euro jährlich um. Vor gut vier Jahren startete das Unternehmen – gemeinsam mit dem Kommunikationsberater Hasso Mansfeld – zudem die PR-Offensive „Mission Lebens-

DIE FRAGE LAUTET: WIE BEKOMMT MAN ALS BRANCHE NON GRATA GUTE PRESSE?

wirklichkeit – Glücksspiel und das Prohibitionsdilemma“. Die Kernpunkte sollen Aufklärung, Repositionierung und Abgrenzung, etwa vom illegalen Glücksspiel, sein.

Das Marktumfeld, in dem Löwen Entertainment aktiv ist, ist dieses: Es gibt einen legalen, regulierten Markt und einen nicht-regulierten Markt. Der teilt sich wiederum in einen illegalen Schwarzmarkt und eine Grauzone, in die beispielsweise das Online-Glücksspiel fällt, weil die Anbieter im Ausland sitzen. Und Löwen Entertainment ist so etwas wie Deutschlands Chef-Croupier in Sachen Glücksspielautomaten auf dem legalen Markt – und würde das selbstredend gerne bleiben.

Denn einerseits – das zeigen die Zahlen – ist Löwen Entertainment zwar das, was man als erfolgreicher deutscher Mittelstand verbuchen könnte, inklusive jährlichem Umsatzwachstum. Andererseits sind die Bingerer eine bedrohte Art, weil das Unternehmen nicht Baumärkte betreibt oder Geld mit Tiefbau verdient, sondern mit dem Spieltrieb der Bevölkerung und dem Wunsch der Zocker nach dem

glücklichen Euro. Das ruft unter anderem die Politik auf den Plan.

Erst Ende Juni hat etwa die Stadt Berlin angekündigt, die Zahl der Spielhallen weiter reduzieren zu wollen: Vier von fünf Spielhallen in der Hauptstadt sollen verschwinden. Dabei sind die Auflagen ohnehin strikt, überschreiten, kritisiert manch Branchenteilnehmer, mitunter auch die Grenze zur Gängelung: etwa, wenn untersagt wird, Sofas aufzustellen oder Getränke zu reichen, um möglichst wenig Wohlfühlatmosphäre zu schaffen.

Auch der neue Glücksspielstaatsvertrag, der voraussichtlich im Juli 2021 in Kraft treten wird, stellt die Branche vor Probleme. Unter anderem sind darin Mindestabstände zwischen Spielhallen vorgesehen. Hinzu kommen zahlreiche Vereine und Aufklärungskampagnen, die sich öffentlichkeitswirksam mit den Schattenseiten des Glücksspiels beschäftigen. Wie bekommt man als Branche non grata also gute Presse? Oder immerhin solche, in der die eigene Perspektive ausreichend dargestellt wird?

Das strategische Kommunikationsziel der „Mission Lebenswirklichkeit“ lässt sich so: Löwen Entertainment soll als Protagonist der Debatte etabliert und die Diskussionen versachlicht werden. Zudem will Löwen Entertainment ein – aus ihrer Sicht – drohendes „Prohibitionsdilemma“ erläutern; also die Gefahr beschreiben, dass durch mehr Restriktionen im legalen Geschäft der Spielerschutz abnimmt. Etwa, weil der Rückzug legaler Marktteilnehmer Lücken lässt, die von illegalen Anbietern gefüllt werden.

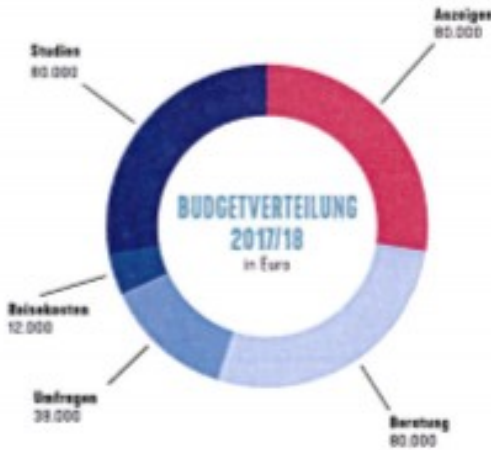
Die schärfste Waffe gegen alle Probleme

Verantwortlich für die PR-Offensive zeichnet Cheflobbyist Daniel Henzgen, der offiziell „Generalbevollmächtigter für Politik und Außenbeziehungen“ ist. Henzgen sagt gegenüber MEEDIA: „Imageprägend für unsere Branche sind leider nicht staatlich konzeptionsierte Spielhallen, sondern die Automaten-Bude am Bahnhof.“ Und er sagt auch: „Die schärfste Waffe gegen alle Probleme rund ums Glücksspiel ist ein attraktives Produkt und ein qualitativ streng regulierter Markt.“

In der Argumentation von Henzgen und Mannsfeld ist das erwähnte Prohibitionsdilemma ein entscheidender Punkt. Denn tatsächlich ist der nicht-regulierte Markt allein zwischen 2014 und 2017 – also vor Kampagnen-Start – um 84 Prozent gewachsen. Dies belegen Zahlen der Glücksspielaufsichtsbehörden der Länder. Entscheidend ist zudem die Frage, inwieweit weitere Restriktionen eine ganze Branche gefährden, die aber tausende Menschen direkt und indirekt beschäftigt.

DAS KOSTET DIE PR-OFFENSIVE

In den Jahren 2017/18 lag das Kommunikations-Budget von Löwen Entertainment bei 290.000 Euro. Heute hat sich dieser Betrag mehr als verdoppelt.



Quelle: Löwen Entertainment

Gut strukturierte Argumente sind das eine. Das andere ist, die entscheidenden Empfänger zu adressieren. Gelingen soll die Aufklärung, der sich Löwen Entertainment verschrieben haben will, im Dialog mit Journalisten. Die Botschaft lautet: Prinzipiell begrüßt Löwen Entertainment die Regulierung des Marktes, allerdings nicht durch quantitative Beschnittenungen wie Mindestabstände oder Obergrenzen bei Einsätzen, sondern eben in Form qualitativer Kriterien. Das Vorbild: Las Vegas.

„Die Ziele sind ja nicht weniger Spielhallen, sondern Spieler- und Jugendschutz, Geldwäschebekämpfung, Kri-

Daniel Henzgen ist eigentlich Politikwissenschaftler, seit sechs Jahren leitet er die Kommunikation von Löwen Entertainment.



WER AN GLÜCKSSPIELAUTOMATEN DENKT, DER DENKT AN DUBIOSE KASCHEMMEN, DUNKLE ECKEN UND KRIMINELLE MACHENSCHAFTEN

minalitätsbekämpfung und das Kanalisieren des natürlichen Spieltriebs in legale Bahnen", sagt Cheflobbyist Henzgen. Dafür brauche es hohe Hürden. Wer sie aber überspringe, solle sein Geschäft doch bitte machen dürfen.

Wie Löwen Entertainment vor Kampagnenstart ermittelt haben will, hätten sich nur vier Journalisten deutscher Qualitätsmedien im Zeitraum von 2010 bis 2016 mit der Glücksspielregulierung beschäftigt, dann aber vor allem mit Sportwetten und Lotto. Das Automatenspiel dagegen sei ausschließlich thematisiert worden, um vor den Folgen zu warnen, kritisieren Henzgen und sein Kommunikationsberater Mannsfeld.

Oben auf der Liste der möglichen Diskussionspartner standen zunächst die *Taz*, die *Frankfurter Rundschau*, die *Süddeutsche Zeitung*, die *Bild am Sonntag* und der *Spiegel*.

70 MILLIONEN LESER

erreichte Löwen Entertainment
mit seiner Botschaft –
in knapp vier Jahren.

650 MIO. EURO UMSATZ

erwirtschaftete Löwen
Entertainment im Jahr 2019

**Der Senat sagt: 380 legale Spielhallen
müssen weg!**

**Wir fordern: Bekämpft endlich das
illegale Glücksspiel in Berlin!***

*Berlin ist die Hauptstadt des Regierten Glücksspiels. Verantwortlich dafür ist die Senatverwaltung, die legale Spielhallen nicht abschafft, sondern durch kontrollierte Spielhallen mit Zwang ersetzt. Der Berliner Senat hat den Kampf gegen das Glücksspiel aufgegeben. Dieser Kampf ist nicht der Gegenstand der Arbeit der Admiral Group. Die Admiral Group ist ein Unternehmen für die Entwicklung und den Vertrieb von Glücksspielen. Die Admiral Group ist ein Unternehmen für die Entwicklung und den Vertrieb von Glücksspielen.

www.admiral.com

ADMIRAL

**Kommunikation
durch Provokation –**
Löwen Entertainment
schaltet als Antwort
auf eine Ankündigung
einer Berliner Senatorin,
vier von fünf Spielhallen
schließen zu wollen,
Anzeigen in großen
Berliner Tageszeitungen

Man entschied sich zuerst für die *Taz*. „Obwohl wir noch nie Kommunikation gemacht haben, mussten wir nicht bei Null anfangen, sondern bei Minus drei“, beschreibt Henzgen, was dort und anderswo folgte. Manche Gespräche, sagt er, hätten fünf Stunden gedauert; mit der Redakteurin einer Tageszeitung habe er sich einen regelrechten „Dogfight“ geliefert. Henzgen sagt aber auch: „Wir haben durch unsere Arbeit die Situation noch nie verschlechtert.“

Mehr als 50 Redaktionsbesuche haben Henzgen und Mannsfeld in den vergangenen Jahren gemacht, auch bei MEEDIA. Sie kamen, stellten sich vor und erzählten ihre Geschichte. Sie implementierten ein alternatives Narrativ, das dem gängigen Narrativ – um die Spielhalle als Ort der zerstörten Existenzen – entgegengestellt wird. Teil des Diskurses zu werden, das war ein erster Schritt. In der Debatte zu Wort kommen zu dürfen, anstatt sich in den Medien nur als stummer Teilnehmer wiederzufinden, ein zweiter. Als selbstverständlicher Ansprechpartner zum Thema Glücksspiel kontaktiert zu werden, noch ein weiterer.

Teil der PR-Offensive ist deshalb auch eine Transparenz-Offensive. Wer als Journalist will, dem bietet Löwen Entertainment eine Führung durch eine Spielhalle in der Gegend an, andere – etwa die *Taz* – besuchten das Unternehmen am Hauptsitz am Rhein, inklusive Blick hinter die Kulissen. Ein anderer Journalist wiederum führte ein Interview mit dem Betriebsratsvorsitzenden, der seine Sicht auf die Dinge als Arbeitnehmer eines mittelständischen Unternehmens erläuterte. Und sogar mit der Evangelischen Kirche haben Mannsfeld und Henzgen schon gesprochen: über die Frage, ob das Spielen Teil des Menschseins ist.

95 Prozent wissen nicht, dass Online-Glücksspiel illegal ist

In den Jahren 2017/18 ließ sich Löwen Entertainment seine PR-Offensive 290.000 Euro kosten. Mit 80.000 Euro schlugen die Anzeigen zu Buche, weitere 80.000 Euro flossen in die Beratung, 38.000 Euro in Umfragen und 12.000 Euro betrug allein die Reisekosten. Weitere 80.000 Euro wurden für groß angelegte Studien ausgegeben. Für die Jahre 2019 und 2020 hat, beziehungsweise wird sich das Investment mehr als verdoppeln, schätzt Mannsfeld, auf etwa 700.000 Euro.

Das Hauptaugenmerk liegt zwar auf den Redaktionsbesuchen, auf dem Dialog also. Aber auch kommunikative Allianzen mit staatlichen Lottogesellschaften wurden geschmiedet. Studien gehören dazu, etwa über die Lebenswirklichkeit der Spieler, und das sogenannte Glücks-

© 2019 Admiral Group plc. Alle Rechte vorbehalten. Admiral Group plc ist ein Unternehmen für die Entwicklung und den Vertrieb von Glücksspielen. Die Admiral Group ist ein Unternehmen für die Entwicklung und den Vertrieb von Glücksspielen.



spielbarometer, das messen soll, wie aufgeklärt die Bevölkerung beim Thema ist. Ein Ergebnis: Nur fünf Prozent der Befragten wussten, dass Online-Glücksspiel in Deutschland illegal ist. 95 Prozent wussten davon also nichts. Auch das ist Teil einer Offensive: Konfrontation.

In der Folge verarbeitete die Deutsche Presseagentur dieses Ergebnis in einer Meldung. Der hessische Innenminister Peter Beuth (CDU) reagierte. Erfolg Nummer eins für Henzgen und Mannsfeld. Erfolg Nummer zwei war die Art seiner Reaktion: Denn Beuth forderte eine Legalisierung des Online-Glücksspiels, damit der Staat als Regulator seinen Dienst tun könne. Sollte Online-Glücksspiel legalisiert werden, will nämlich auch Löwen Entertainment mitmischen.

Hinzu kommt mittlerweile auch ein bisschen Provokation – etwa als Reaktion auf die Ankündigung der Stadt Berlin, die Zahl der Spielhallen drastisch zu senken: An drei aufeinanderfolgenden Tagen schaltete Löwen Entertainment Anzeigen in der *Taz*, der *Berliner Morgenpost* und dem *Tagesspiegel*. In großen Lettern, auf einer fast weißen Seite, war zu lesen: „Der Senat sagt, 380 legale Spielhallen müssen weg! Wir fordern: Bekämpft endlich das illegale Glücksspiel in Berlin!“ Dazu gab es einen Leserbrief und eine Presse-

mitteilung. Henzgen sagt: „Wir sind da immer selbstbewusster geworden, aber wir müssen auch immer reagieren, sonst wird das Narrativ der anderen Seite durch Wiederholung zur Wahrheit.“

Die bisherige Bilanz der PR-Offensive liest sich – Stand Juli 2020 – so: Seit 2017 ist das Unternehmen 2369 Mal in den Medien aufgetaucht, davon 664 Mal in Print-Publikationen. Daraus ergebe sich eine Gesamtreichweite von mehr als 70 Millionen Lesern, rechnet Mannsfeld vor. Genauer: eine Gesamtreichweite von 0 auf 70 Millionen in wenigen Jahren – vom *Spiegel* bis zum *Ruppiner Anzeiger*. Und: „Mission Lebenswirklichkeit“ war unter den Nominierten für den Deutschen PR-Preis 2019.

Für die Zukunft scheint nun zweierlei sicher. Erstens: Etwa 200.000 Glücksspielsüchtige gibt es nach offiziellen Zahlen hierzulande, die allermeisten geben an, durch Glücksspielautomaten süchtig geworden zu sein. Das sind tausende Geschichten, von denen das ein oder andere Medium noch erzählen wird – Hartmut F. lässt grüßen. Und zweitens: Henzgen und Mannsfeld werden erstmal weitermachen und, wenn nötig, dagegenhalten. Henzgen sagt: „Wir müssen die Mythen bekämpfen.“

Mitarbeit: Ben Krischke

„NÖN.at“, 13.07.2020

Mario Pulker bleibt Obmann der Sparte Tourismus

Der Wirtschaftsbund-Funktionär bleibt an der Spitze der 15.000 Hotels, Gastro- und Tourismusbetriebe Niederösterreichs. Stellvertreter sind der Mödlinger Unternehmer Gert Zaunbauer, Admiral-Chefin Monika Racek sowie der Geschäftsführer der "Donau Niederösterreich Tourismus GmbH", Bernhard Schröder.



Bei der konstituierenden Sitzung der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft in der Wirtschaftskammer Niederösterreich wurde ein neues Spartenpräsidium gewählt. Als Obmann der Sparte hat der Wirtschaftsbund Niederösterreich erneut den Gastronom und Hotelier Mario Pulker aus Aggsbach an der Donau (Bezirk Melk) nominiert. Von der Spartenkonferenz wurde er in dieser Funktion bestätigt.

Als Stellvertreter entsendet der Wirtschaftsbund den Mödlinger Unternehmer und Stadtrat Gert Zaunbauer, Admiral-Chefin Monika Racek sowie den Geschäftsführer der Donau Niederösterreich Tourismus GmbH Bernhard Schröder.

„Alles Gute an Mario Pulker und sein Team im Spartenpräsidium“, gratuliert WKNO-Präsident Wolfgang Ecker zur Wahl. „Gemeinsam werden wir uns in den nächsten fünf Jahren für die Interessen der Betriebe in Niederösterreich einsetzen.“

Dass Pulker auch in den kommenden Jahren eine "starke Stimme für die Branche sein wird", ist auch Wirtschaftsbund-Direktor Harald Servus überzeugt: „Mario Pulker ist in Niederösterreich und auch auf Bundesebene bestens vernetzt und hat bereits viel Erfahrung in der Interessenvertretung.“

Mario Pulker führt seit 2002 den Familienbetrieb Hotel-Restaurant „Residenz-Wachau“ in Aggsbach in der Wachau. Seine Erfahrung im Tourismus, Hotellerie und Gastronomie bringt er seit 2013 als Obmann der Fachgruppe Gastronomie ein. Seit 2015 vertritt er die Branche auch bundesweit als Obmann des WKO-Fachverbandes. Im selben Jahr wurde auch erstmals Sparten-Obmann in Niederösterreich gewählt.

Die Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft in der Wirtschaftskammer umfasst alle Unternehmen in Gastronomie, Hotellerie und andere Tourismusbetriebe wie Gesundheitsbetriebe, Bäder, Reisebüros sowie sonstige Anbieter im Bereich Freizeitwirtschaft wie Kinos, Tanzschulen, Eventtechniker und weitere. Insgesamt beschäftigen die rund 15.000 Unternehmen in Niederösterreich über 48.000 Personen.